

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918  
9 (1895)**

107 (9.5.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-253165](#)

# Norddeutsches Volksblatt.

Erscheint täglich  
mit Ausnahme der Tage nach Sonn-  
und gesetzlichen Feiertagen.  
Unterseite: die viergesparte Seite  
10 S. bei Lieferverhältnis Rabatt.  
Postzeitungsliste Nr. 5069.

Organ für Vertretung  
der Interessen des werkthätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfsstraße Nr. 1.

Inseraten-Annahmestelle für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Aboonement  
bei Herausgabezeitung frei ins haus:  
wöchentlich . . . . . 2,10 M.  
für 2 Monate . . . . . 1,40 "  
für 1 Monat . . . . . 0,70 "  
excl. Postbehaftgeld.

Nr. 107.

Bant, Donnerstag den 9. Mai 1895.

9. Jahrgang.

## Eine sozialpolitische Fünf-Millionen-Anleihe.

Nein, die Sonne der staatlichen Sozialpolitik steht nicht still. Sie bewegt sich doch! Man höre: Dem preußischen Abgeordnetenhaus ist der Gesetzentwurf eines Gesetzes, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, in staatlichen Betrieben beschäftigte sind, und von gering befehlten Staatsbeamten, zugegangen.

Der Entwurf schlägt vor, der Staatsregierung eine Summe von fünf Millionen Mark zur Verfügung zu stellen; aus den bereitgestellten Mitteln erbaut der Staat Wohnhäuser, die in seinem Besitz bleiben; die Wohnungen werden dann an Personen oben genannten Charakters vermiethet.

Der Mietbahn ist so zu bestimmen, daß er nach Deduktion der Kosten für die Verwaltung und die bauliche Unterhaltung der Gebäude eine angemessene Vergütung des gesammelten Anlagekapitals und die Amortisation der Baukosten gewährt. Zur Überdeckung der genannten Summe ist eine Anleihe durch Veräußerung eines entsprechenden Betrages von Schuldenverschreibungen aufzunehmen.

Alle fünf Millionen Mark, so führt die "Berliner Volkszeitung" aus, will der preußische Staat, der das Geld in einem solchen Zweck nicht häufig hat, wie er es etwa in zehnjährigen Raten für den Zehnmillionenbau am Berliner Luisengarten häufig gemacht hat, für den angegebenen sozialpolitischen Zweck pumpen! Fünf Millionen Mark! Zu fünf Prozent Vergütung und Amortisation gerechnet, ergibt dieser Pump dem Staat eine jährliche Vergütung von 250 000 Mark auf. Es ist dabei noch nicht an die Verwaltungs- und Unterhaltskosten der zu errichtenden Wohnungen gedacht. Besteht man diese mit rund 50 000 Mark in die Rechnung ein, so bleibt für die Miete annähernd eine Jahresumme von 200 000 Mark übrig. Auf diesem Betrag wird der Staat Wohnungen abgeben können. Wie groß die Wohnungen sein sollen, ist im Gesetzentwurf nicht gesagt, man hat daher auch keinen sicheren Anhalt dafür, wie viel die Wohnungen kosten werden. Bei der Errichtung von Mietshäusern werden sie billiger, bei der Errichtung von minder sozialpolitischen Gebäuden werden sie teurer werden. Indes, wie hoch oder wie niedrig man auch die Miete für die einzelnen Wohnungen ansetzen mag: rechnet man auch nur 200 M. Durchschnittsmiete — in Berlin kann kein Arbeiter oder "gering besoldeter Beamter" für einen solchen Mietpreis menschenwürdig wohnen, und doch wäre nur für die großen Städte die Maßregel verständlich — so kommt die in dem Gesetzentwurf beabsichtigte "Wohltat" jedenfalls 1000 Arbeitern und "gering besoldeten" Beamten zu

Gute gegenüber den Hunderttausenden von staatlich Beschäftigten dieser Kategorie.

Man erfreut daraus in einem raschen Ueberschlage, wie wenig die Wirkung der sozialpolitischen Maßregel unter allen Umständen sein wird, trotz des mobil zu machen den 5 Millionen-Kredits! Wir müssen uns aber selbst bei dieser Wirkungslosigkeit des Effekts, durch die ja nur ein verhältnismäßig geringer Schaden angerichtet werden könnte, mit aller Entschiedenheit gegen das Projekt aussprechen, der Staat erfahrungsgemäß nicht billiger baut und verwalzt, als das private Kapital, sondern teurer, und da überdies eine "angemessene" Vergütung und Amortisation des Baukapitals, die im fiskalischen Interesse sicherlich nicht zu gering bemessen werden wird, ausdrücklich in's Auge gefaßt ist, so kann dieser neue staatliche Wettbewerb mit dem Privatkapital nun und nimmermehr die Wirkung haben, dem Arbeiter und "gering besoldeten" Beamten eine billigere Wohnung zu verschaffen, als er sie in der Regel in privaten Häusern findet. Hätte er aber selbst diese Wirkung, so wäre der Vortheil zu ihrerer erlaubt mit einer Preissäge eines weiteren Stücks individueller Freiheit und Selbstständigkeit, mit einer Steigerung der Abhängigkeit, deren wirtschaftliche Rückschlüsse nicht aufgewogen würden, so daß jedweder etwaige Vortheil aus der Maßregel immer und immer wieder in sein Gegentheil umschlagen würde.

Von den verschiedenen anderweitigen unangenehmen Folgen der Kaiserin der Arbeitsschafft und der "gering besoldeten" Beamten gar nicht zu reden. Man kann sehr hoch von der Friedfertigkeit und dem Gemeinsinn der beschäftigten Kreise denken und doch befürchten, daß die Kaiserin der Arbeitsschafft so und so vieler Familien zu manchen Elternschaften und Jänkereien führen werde, die dem Eingehen das Wohnen in einer Staatswohnung zu einer Höle auf Erden machen, der er nicht so leicht entrinnen kann, wie er möchte.

Dorum: will der Staat die Wohnungsverhältnisse seiner Angehörigen verbessern, so gebe er ihnen einen "angemessenen" Lohn oder einen "angemessenen" Wohnungs-

geldpauschal, dann braucht er als Bauunternehmer nicht auf eine "angemessene" Vergütung und Amortisation gepumpter Kapitalien bedacht zu sein, und den Arbeitern wie den "gering besoldeten" Beamten bleibt das Stückchen Freiheit und Unabhängigkeit, das sie bei der Kaiserin der Arbeitsschafft erlangen müssen! Wir räumen uns also: Nieber garne Sozialpolitik, eine solche, die dem mit der "Wohltat" bedachten nicht nur keinen Vortheil bringt, sondern ihm lediglich neue Fesseln anlegt!

## Politische Rundschau.

Bant, den 8. Mai.

— Der Reichstag kam in seiner gestrigen Sitzung

noch nicht zur zweiten Lesung der Umsatzvorlage. Er erledigte zunächst debattlos in dritter Lesung den Nachtrag, in dem 1700 000 M. für die Feierlichkeiten aus Anlaß der Eröffnung des Nord-Ostsekanals gefordert sind. Dann folgte die Abstimmung über den Antrag der Wahlprüfungskommission, der auf Ungültigkeitsserklärung der Wahl der Abg. Böttcher (natl.) und v. Dziedowksi. Böttcher (freis.). lautete. Nach langer Debatt wurde der Antrag, betreffend die Wahl des Abg. v. Dziedowski. Böttcher wurde mit 214 gegen 93 Stimmen angenommen und damit wiederum ein Hauptstreiter für die Umsatzvorlage an die Last befördert. Auch der Antrag, betreffend die Wahl des Abg. v. Dziedowski. Böttcher wurde mit 201 gegen 112 Stimmen angenommen.

— Gegen die Vertragung der Reichstagsession spricht sich die "Volk" aus. Die Erfahrung hat bewiesen, schreibt sie, daß Vertragungen eines schleppenden Geschäftsgang noch schleppender machen und dem Reichstage jede Freiheit beim Beginn der Session berauben. — Die Nationalist. Korresp." meint dazu: Wenn die unerledigt bleibende Justizvorsorge dem Reichstag im Herbst wieder vorgelegt wird, so schrumpft das Bedürfnis der Vertragung der Session auf ein Minimum zusammen.

— Gegen die Umsatzvorlage waren bei dem Berliner Ausschuß zur Bekämpfung der Umsatzvorlage am 3. d. Mts., Mittags, 76 489 Unterschriften für die Sozialistische Petition eingelaufen. Sie sind in den letzten Tagen so massenhaft eingegangen (45 000), daß es nicht mehr möglich war, die Statistik über die Berufsstellung der Unterzeichner fortzuführen. Der Ausschuß bittet nun, alle unterschiedenen Petitionen unverzüglich einzuseugen, zugleich aber neue in Umlauf zu setzen und auszulegen, damit etwaige neuerliche Kompromißversuche der vorlagsfreudlichen Fraktionen sofort in gebührender Weise beantwortet werden können.

— Sehr kühl sieht man in Zentrumskreisen dem Ausgang der Umsatzberatungen entgegen. Der "Westflur" meint, das Zentrum werde bei der Umsatzvorlage auf jeden Fall gut abschließen. "Entweder kommt das Gesetz in der Kommissionssitzung zu Stande, was alle Welt als einen Triumph des Zentrums auffassen würde, oder es kommt nicht zu Stande, womit das Zentrum recht zurücksteht sein kann, weil es damit den gefährlichen Plan der Sozialpolitiker vernichtet hat. Dieses Jahr noch das preußische Vereinsgesetz zu verschlechtern, reicht die Zeit nicht mehr aus. Sollte nächstes Jahr im Reichstage ein ehrliches Ausnahmegericht oder wieder ein markantes Kläffgesetz vorgelegt werden, so sind die Aussichten schlechter als für dieses Jahr für die Umsatzvorlage wären. Die Hauptfahne ist, daß eine Auflösung wegen angeblicher Umsatzgeschäften den Rest von Zugkraft eingeübkt hat. Es müssten Wunderdinge passieren, ehe an "Angstwahlen" mit

## Moderne Sklavenjäger.

Roman von O. Eger.

Nachdruck verboten.

Frau von Waldenburg wurde sehr bald der Mittelpunkt dieser Gesellschaft, die nur durch sie neue Erscheinungen durch fortwährende Abwechslung wohl erhalten werden kann, soll sie nicht in den Schlaf der Blasphemie versetzen. Frau von Waldenburg war eine neue Erscheinung, eine seltane Abwechslung in dem im Grunde genommen sich niets gleich bleibenden Einzelheit der Welt; deshalb waren die Salons Frau von Waldenburgs niemals leer. Es gehörte zum guten Ton, dort eingeführt zu sein. Interessante und vilante Bonmots über die dort verkehrende Gesellschaft machten die Runde an allen Kaffeetauschen. Man lächelte über die drollige Figur Grifforns; man lächelte sich Scherze zu über die galanten Beziehungen Frau von Waldenburgs zu diesem oder jenem Schriftsteller oder Kunstmaler — fürz die Prostitution, welche Frau von Waldenburg mit ihren Geistesgaben trieb, machte sie zur Heldin des Tages, die mit spöttischem Lächeln auf den Reichthum und die Pracht der Frau Jenny Günther herabsehen konnte.

Jenny verdoppelte ihre Anstrengungen. Ihre Ziele gingen jetzt wahren Baubemühungen und verschlangen Hunderttausende, welche der Kommerzienrat in dem waghalsigen Spiel an der Börse zusammen zu raffen suchte. Eine wilde Hoffnung hatte sich Jennys bemächtigt. Die Tochter jener Frau hatte ihr den Geliebten geraubt, jetzt sollte sie zu Gunsten dieser Frau selbst ihrer Stellung in der Gesellschaft entfliegen? Niemals! Und wenn sie selbst darüber zu Grunde gehen sollte! Das Ringen der beiden Frauen um die Vorherrschaft in der Gesellschaft nahm ein dramatisches Gepräge an. Sie hielten sich gegenseitig, wie nur

zuwallende Frauen sich hassen können. Und doch ahnten sie nicht, daß sich ihr Kampf auf einem fauligen Morast abspiele, der eines Tages beide Kämpferinnen verschlingen würde.

Gegen Ende der Saison trat ein Ereignis ein, welches die Welt des Theaters und der Literatur auf das Tiefe erregte. Nach langen vergleichbaren Anstrengungen der Theater, ein Zug- und Rassenfest zu erlangen, machte ein Theater den Versuch mit einem modernen Schauspiel, welches vor einigen Wochen bereits in Buchform erschien. "Moderne Sklavenjäger" betitelt sich das Schauspiel, welches mit mutigem Griff das moderne Leben, das literarische und politische Treiben der Großstadt geheilte. Das Schauspiel erzielte nicht nur einen durchschlagenden Erfolg, sondern schien auch zu berufen, in gewissen Kreisen reizvoll und außärrend zu wirken, wie ein Gewitter an einem schwulen Sommertag, die Griffhorn, die Genther, die Alle waren mit schärfern oder tressenden Strichen gezeichnet, alle jene modernen Sklavenjäger, die fast auf der Lauer liegen, diesen oder jenen Menschen in ihre Bande zu schlagen, damit für sie arbeiten und Gold zusammenzutragen. Willkürlich trennten sie über die zahllosen Opfer dahin, welche ständig an dem Wege zusammenbrechen. Ja, sie geben dem ermatteten Sklaven, der seine Kräfte in ihrem Dienst verbraucht, wohl noch den Gradenhof, damit er nicht etwa noch sterben kann ihre finsternen Geheimnisse ausplaudere. Die Kaufhäuser auf dem Gebiete der Börse und der Bankgründungen wurden gefüllt; die Jagd nach dem Glück, nach dem Gold, nach Macht und Einfluß, das ganze nächste an Ideal leere Streberthum eines Griffhorns wird dargelegt und der fröhlichen, treffenden Satire ein erschütterndes Ende angefügt. Jeder, der das

Schauspiel sah, kannte die Gestalten wieder, die ihm so in Leben der Großstadt entgegengestellt waren. Keine bestimmten Persönlichkeiten waren geschildert, sondern typische Gestalten, und doch wußt' jeder spöttisch lächelnd auf Diese oder Jenes und lächelte: Auch ein moderner Sklavenjäger! Die entflogene Abhängigkeit gewisser Frauen und Mädchen von solchen Männern, in deren Diensten sie standen, und denen sie sich mit Leib und Seele ergeben, ward schamlos aufgedeutet; der Höhe und Spott der Millionenstadt und unserer freien Gesellschaft auf menschenwürdiges Dasein und ideales Streben leuchteten aus den Worten des Dramas hervor, und das Gedankenstück einer sozialen Revolution, eines allgemeinen Umsatzes blieb drohend auf die erschreckte Gesellschaft, sie zur Umkehr mahnend.

Wer war der Verfasser des Dramas? Das Titelblatt zeigte nur das Pseudonym "Artisanus", hinter dem sich ein bedeutender Dichter und Denker verbargen mußte. Der Verleger des Buches ward mit Fragen bestürmt. Er wußte lächelnd die Achseln und behauptete, selbst den wahren Namen des Verfassers nicht zu wissen, der mit ihm nur schriftlich unter dem Pseudonym vertrat und seit Monaten nichts mehr von sich hören lassen. Der wahre Name des Verfassers war ein Räthsel, mit dem sich ganz Berlin beschäftigte. Niemand vermochte das Räthsel zu lösen, nur zwei Personen in der Millionenstadt kannten den wahren Namen, August Wilke und dessen blonde Tochter; aber sie schwiegen und freuten sich insgeheim des Triumphes ihres Freundes.

(Fortsetzung folgt.)

— Gegen seitig. Dame (den Laden verlassen): "Man muß die Kaufleute kennen — 3 Mark habe ich abgebaut!" Kaufmann (für sich): "Man muß diese Damen kennen — 6 Mark habe ich aufgeschlagen!"



einem Kartellergebnis zu denken wäre. Also hat es gar keinen Sinn, den Sulenburg an die Wand zu malen. — Ach, wie viel Wasser ist schon in den Kölner Weinen geflossen!

Was kommen wird, wenn die Umsturzvorlage Gegen werden würde, das probeweise jetzt auch sogar das konteraktive „Volk“. Es schreibt, daß, wer noch darauf Anspruch erhebt, zu den hafterschaltenden Kräften zu ziehen, grundsätzlich die Umsturzvorlage ablehnen muß. Nach Billigung der Umsturzvorlage würde man die Prüfung des allgemeinen Stimmrechts verlangen, und dann — wir überstreichen nicht, die Frage ist schon einmal in den Kreis staatsmännischer Erörterungen gezogen worden — wäre vielleicht für die mittelparteiliche Presse die Zeit gekommen, im Interesse eines weiteren Schutzes gegen den Umsturz eine zweckentsprechende Befreiung der allgemeinen Wahlpflicht Stimmung zu machen.

Mit der Umsturzvorlage beschäftigte sich am Montag Abend die Zentrumskonferenz und einigte sich dieselbe dahin, eine abwartende Stellung zum weiteren Verlauf der Beratung einzunehmen. In der Sitzung wachte sich die Richtung starr geltend, welche unter allen Umständen die Ablehnung der Vorlage befürwortete. Die Konservativen haben bereits Abänderungsvorschläge eingereicht und andere werden nach dem Reichstagsbesuch folgen.

Friedrich „der Große“ und das Umsturzgesetz — betitelt sich ein Aufsatz des „Hamburger Echo“, der eine Blumenserie von umsturzähnlichen Szenen aus den Schriften des „alten Friß“ gibt. Die Sammlung könnte mit Leichtigkeit vereinfacht werden. Denn lärtstleckerlich wie auch politisch hat es nie einen größeren Umstürzer gegeben, als den Gründer des modernen preußischen Staates und den amlich apprisierten Erfinder des „friedericianischen Geistes“, welcher nach amtlicher Verfassung auch heute noch der — allerdings sehr problematische — „Geist“ der preußischen Politik ist. Die ganze Regierung des alten Friß war eine lange Kette, von der jedes Glied ein Umsturz. Und nun gar, was der „Athelet auf dem Königs-thron“ an Religionsmähnungen verbrochen hat! Auch das neuzaugmärkte: „Wer auf Gott vertraut und feste um sich hau“ war ein Lieblingspruch des „verhüterten Heiden“, freilich einer der sanierten. Einige kräftigere werden wohl die bevorstehenden Umsturzdebatten erheitern.

Die Gewerkschafts-Kommission des Reichstages nahm eine Resolution an, der Reichsanwalt wolle einen Gesetzentwurf über die Errichtung von Gewerbeämtern vorlegen, die zur Beschlagnahme über sämtliche Gewerbepolizei-Angelegenheiten berufen sein sollen und aus einem Staatbeamten als Vorsitzenden, sowie zur Hälfte aus gewerbetreibenden, zur Hälfte aus nicht gewerbetreibenden gewählten Mitgliedern zu bilden wären.

Die agrarischen Münzverschlechterer werden noch etwas warten müssen, bis nur ein Versuch der Ausführung ihrer Pläne gemacht wird. Täglich sieht es, daß eine Einladungsschrift an die auswärtigen Regierungen zur Teilnahme an einer internationalen Münzkonferenz bereit zur Vorlegung an den Bundesrat steht, gestellt sei, aber jetzt ergiebt sich, daß nur der Reichsanwalt die deutschen Regierungen aufgefordert hat, sich darüber zu äußern, ob entsprechend einer Erklärung vom 15. Dezember 1894, eine Münzkonferenz berufen werden soll, um zu prüfen, ob Maßregeln gegen den zunehmenden Wertunterschied zwischen Gold und Silber möglich sind, „ohne unsrer Reichswährung zu préjudizieren“.

Eine Landesversammlung der Sozialdemokraten Sachsen findet am 4. und 5. Juni in dem Lokale „Zur Waldstraße“ in Döbeln statt. Die Tagessitzung ist wie folgt festgesetzt: 1. Bericht des Zentralkomitees; Berichterstatter Anton Heilew; 2. Organisation und Agitation; Berichterstatter Julius Seifert; 3. Reichstags-, Landtags- und Gemeinderathswahlen; Stolle-Gesell; 4. Aufführung von Kandidaten für die Landtagswahlen; 5. Presse; Berichterstatter Fr. Geyer; 6. Anträge des Parteigenossen.

Herr Hans Blum hat an dem öffentlichen Nachweisen seiner wunderbaren Methode des Zitirns noch nicht genug; er will auch eine gerichtliche Feststellung darüber haben. Der „Borwätz“ schreibt: „Der Humor steht wirklich nicht aus. Jetzt hat es Dr. Hans Blum fertig gelegt, gegen den Redakteur unseres Blattes die Vorwürfe wegen verleumderischer Beleidigung anhängig zu machen. Diese Beleidigung soll daran bestehen, daß wir Herrn Blum, geführt durch die amtlichen Kenngesetzlichen Berichte, die Fälschung der von ihm gebrauchten Zitate nachweisen. Beleumdet sollen wir aber längst dadurch haben, daß wir annehmen, er habe seine famose Boulanger-Artikel in der „Magdeburger Zeitung“ zu dem Zweck veröffentlicht, „um die Führer der deutschen Sozialdemokratie landesverschärfender Beziehungen“ zu bestimmen. Herr Blum behauptet nun in seiner Klagebeklagung, daß in seinen Artikeln von einer falschen Fälschung „mit seinem Worte die Rede ist“ und daß nur wir, die Redaktion des „Borwätz“, ihm Blum, diese Absicht bewußt unterstellt haben, um ihn „durchwissen zu verleumden“. Jetzt bleibt nur noch die Preisfrage: Warum hat denn Herr Blum die Artikel überhaupt geschrieben, wenn er dann die deutsche Sozialdemokratie nicht des Landesvertrags beschuldigen wollte?

Bei Slagaznahm wurde die Nr. 33 der „Thüringer Tribune“ vom 21. April wegen eines Artikels „Soldatenleben“.

Ein vernünftiges Urteil über das Recht der Arbeiter, höhere Löhne anzustreben, findet sich in der „Frankf. Rts.“. Sie schreibt: „Die sächsischen Überlöhnne sind sprachwörtlich geworden. Wenn kann es den ärmeren unter den sächsischen Arbeitern verbieten, wenn sie in günstiger Geschäftszeit ihre düstige Lebenshaltung durch höhere Löhne etwas aufzubessern suchen? Sie haben hierzu

einen Teleogramm an den Präsidenten Belaya eine kommerzielle Union gegen englische Waren und Schiffe angeregt und vorgeschlagen, daß die von England geforderte Entschädigung innerhalb 14 Tage in London unter Protest bezahlt und im Übrigen das Ultimatum Englands einem Schiedsgericht unterbreitet werde.

## Deutscher Reichstag.

35. Sitzung vom Montag, den 6. Mai.

Eingegangen ist das Gesetz, betr. Fürsorge für Witwen und Waisen von Personen des Reichsheeres und der Marine, und das Gesetz, betr. gegenseitigen Heiland bei Zwangsausförderungen.

Die zweite Sitzung steht zunächst zur Bearbeitung der von den Abg. Kuer und Sonnen (Soz.) eingebrachte Anträge auf rechtsgleiche Regelung des Versammlungs- und Vereinigungsbeweglichkeitsgesetzes.

§ 1 legt fest, daß alle Deutschen ohne Unterschied des Alters und Geschlechtes das Recht, sich zu versammeln, zu jedem Versammlungen der Anwendung oder Genehmigung nicht bedürfen, daß Versammlungen und Aufzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen nur Stunden von dem Beginn anzunehmen leien.

Abg. v. Elm (Soz.) betont die Rothwendigkeit, den Arbeitern das Koalitionrecht dadurch zu föhren, daß ihnen das Organisationsrecht in allen Gebieten des Reichs gleichmäßig zugestanden wird.

Von den heutigen Beschränkungen der Vereinsgründung in den einzelnen Bundesstaaten sei eine wirkliche Organisation nicht möglich.

In Hamburg sei es den Arbeitern vielfach auf Grund des dortigen Vereinsgesetzes verboten, Versammlungen abzuhalten. Dagegen werde es den Hamburger Zigarettenfabrikanten gestattet, geheime Versammlungen hinter verschlossenen Thüren zu halten, unter Ausnutzung von Paken, damit die Verfassung nicht gelöscht werde, um durch besondere Maßnahmen die Arbeiter zu zwingen, auf ihr Koalitionrecht zu verzichten. Die freikommunistischen Blätter hätten sich in solchen Hallen immer auf die Seite der Fabrikanten gesellt und die Einblicke in das Koalitionrecht zu beobachten gehabt. Damit hätte sich wieder einmal gezeigt, daß die freikommunistische Partei keine Vollspartei im wahren Sinne des Wortes sei. Dasselbe trige sich bei der Stellungnahme dieser Partei gegen die Schwärzung des Wahlrechts und des Versammlungsrechts für die Frauen. Die freikommunistische Partei habe dagegen am vorigen Mittwoch hier erklärt, daß in Bezug der Koalition von Frauen zu Berufsvereinigungen nichts in den Weg gelegt werde. In England erkennen die Soz. keine Weitersetzung an, daß in gewerblichen Fragen die Frauen das gleiche Recht wie die Männer haben müßten, doch geht es bereits § 361 424 an der Organisation beteiligte Arbeitnehmer an. In anderen Ländern gebe man in der Entwicklung von Rechten an die Frauen noch rechtlich weiter. In Deutschland meine man sogar, der Organisation der männlichen Arbeiter noch immer Fortschritte in den Weg legen zu wollen. Bei uns glaube man eben, der Geist der Fortschreibung müsse den Arbeitern gegenüber herrschend bleiben. Man dürfe sich deshalb nicht wundern, wenn die Arbeitnehmer in anderen Versammlungen gingen und sie sprengten. Hätten die Arbeitnehmer die Freiheit, die sie beanspruchen könnten, dann würde so etwas nicht vorkommen. Herr Baumholt habe es natürlich erklärt, praktische Arbeit zu treiben. Man kann wenig als die deutsche Volksgesellschaft empfinden, wenn man die Umsturzvorlage als praktische Arbeit regne. Es bitte um Annahme des Paragraphen und des ganzen Antrages.

Bayerischer Bundesbeauftragter in Herrmann bemerkte, daß die Betilligung von Frauen an den Gewerkschaften nicht gehindert werde, weil die letzteren nicht als politische Vereinigungen angeschaut würden.

Abg. Lenzenmann (SPD) weist die Vorwürfe des Abg. v. Elm gegen die freikommunistische Vollspartei zurück. Es sei eine Unwahrheit, daß die freikommunistische Partei im Dienste des Kapitalismus steht. Herr v. Elm habe vielleicht nur einige freikommunistische Blätter im Norden gelesen, die kein Recht hätten, sich als Organe der freikommunistischen Partei zu bezeichnen. Doch diese eine Vollspartei sei, habe sie im Geist Waldenburg bei Gelegenheit des herzoglichen Streits demissten. Seine Freunde hätten deshalb dasselbe Recht, sich als Vertreter der Arbeiterschaft aufzuzeigen, wie die Sozialdemokraten (Soz.-FDP). Schon von Anfang der 70er Jahre an sei der Fortschrittsverein für die volle Sozialrechtsfreiheit der Arbeitnehmer eingetreten. Auch jetzt seien seine Freunde eine einheitliche Koalition des Berufs- und Versammlungsrechts. Man würde damit nur einer vor 20 Jahren vom Reich übernommenen Pflicht genügen. Er halte es sogar für unmöglich, daß Angehörige dieser Vereinigung des Reichs ein Gremium für sich ein traditionäres Vereinsrecht schaffen. Seine Freunde, wie man sagt, die Koschütz haben, so hoffe er, das Recht werde zugegen. Einigkeit erheben. Das preußische Berufsvereinigungsrecht für die Arbeitnehmer einzutragen. Das von den Sozialdemokraten eingebrachte Gesetz sei aber schon deshalb ungültig, weil darin von dem Nebenberufungs- und Aufsichtsrecht gesprochen. Nicht weiters. Einige Freiheiten des Antrages wolle er sich nicht mehr zuschaffen. So wie das Gesetz vorliege, hätte er es nicht für durchführbar, seine Freunde würden aber in dieser Sitzung für den ersten Paragraphen stimmen, um zu erzielen, daß ganz bis zur letzten Sitzung am Ende annehmen. Sollte er abgelehnt werden, so würde seine Partei nach wie vor die freie Vereins- und Versammlungsrechtsfrage einziehen.

Abg. v. Göttingen (Soz.) beschreibt die Mängel des preußischen Berufsvereinigungsrechts, auf Grund dessen die politische Vereinigung der Arbeiterschaft ausgeschlossen sei. Man verbotte Versammlungen, verwiesiere die Soziale und verbindliche die Betilligung aller unabhängigen Personen. Seine Freunde blügten daher die Tendenz des Antrages durchaus, die Verfassungsfreiheit sollte aber nicht bloß für die Arbeitnehmer, sondern für alle Sozialversicherungsträger haften müssen. Es müsse seiner ein Unterschied zwischen politischen und nichtpolitischen Versammlungen gemacht werden, und weiter dürfte die Frau ihren natürlichen Rechteid nicht entzogen und nicht in den politischen Kampf gedrängt werden. Endlich müsse eine Unterscheid zwischen jungen und Kinderarbeitern gemacht werden. Der vorliegenden Fassung könnten seine Freunde somit nicht zustimmen, sie würden es vielmehr für zweckmäßig halten, in einer Resolution die Regierung zur Vorlegung eines Berufsvereinigungsrechts aufzufordern.

Abg. Stolle (Soz.) weist auf die Mängel des preußischen Berufsvereinigungsrechts hin. Werde dieses, den man in der That als Palme der Reparaturwidrigkeit reichen müßte, nicht bald geändert, so würden in Brandenburg immer mehr Sozialdemokraten gewählt. Am besten seien allerdings auch ihm die einheitliche Regelung von Reichswegen. Aber dem sozialdemokratischen Antrage steht er doch nicht bedingungslos zustimmen.

Abg. Stolle (Soz.) fordert die Handhabung des sächsischen Berufsvereinigungsrechts, auf Grund dessen man oft die Vereinigung von Arbeitern ganz verbiete, wenn irgend eine Sozialdemokratie dabei beteiligt sei. Eine solche Handhabung des sächsischen Gesetzes widerspreche der Reichsverfassung. Auch sonst kreiere man in Sachen gegen Sozialdemokraten auf alle erdenkliche Weise ein. Arbeitnehmer, die bei einem Antrage den Sozialdemokratie gestützt hätten, seien wegen groben Unfugs bestraft worden. Gewerkschaft und Turnverein seien in großer Zahl aufgelöst worden, obwohl sie niemals politische Ziele verfolgten, nur will sie in sozialdemokratischen Zeitungen annonciert hätten.

Sächsischer Bundesbeauftragter in Hohenholz betont, daß diese Beschwerden vor den sächsischen Landtag gebracht werden. Wenn in Sachsen bisher dies ruhig verlaufen sei, so sei dies nicht der sächsischen Sozialdemokratie, sondern dem verständigen Sinne der sächsischen Bevölkerung zu verdanken.



Abg. Dr. Höfner (Sp.) stimmt im Wesentlichen dem Antrag zu, kann aber die Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann in politischer Beziehung als zeitgemäß nicht ansehen.

Abg. v. Einhart (SPD) behauptet, daß die freikirchige Volkspartei im Dienste des Kapitals steht, aufrecht. Am geschäftigen verhält sich den Forderungen der Arbeiter gegenüber das Hauptorgan jener Partei, die „Freiheit“ ist. Eine Besinnung über das Überzeugungskreis, wie sie Abg. Lemmann vertritt, hält er nicht für nötig. Abg. Lemmann kann sich wohl eine Besinnung ohne politische Überzeugung gar nicht denken. Das eine Überzeugung überflüssig sei, liege darin, daß jeden Deutsche das Recht haben sollte, sich zu versammeln, wo er wolle. (Heiterkeit.)

Abg. Richter (SPD) bemerkt, der Vorredner habe den Abg. Lemmann offenbar mißverstanden. Abg. Lemmann habe nur darum hingewiesen, daß man Vorsorge treffen müsse, daß Überzeugung und Aufklärungskreis neu zu regeln. Die „Freiheit“ setzt sich seinerseits entschieden für die Nordwestmärkten Arbeiters ein. (Auf der d. Soz. Auch für die Buchdrucker?) Nein, für diese nicht, denn dieser Streit sei von den sozialdemokratischen Führern in freier Weise hergerufen worden. Wenn die Sozialdemokraten diese Gelegenheit ergreifen, um eine Volksstimme gegen die freikirchige Volkspartei zu erzielen, so gebe es nun, daß ihnen gar nicht erschien, daß darum sie ihnen nicht, sondern gegen sie den Antrag nur in Abstimmungswahlen gestellt haben.

Abg. Zabel (SPD) beschreibt sich über die Verhinderung von Versammlungen durch den Bürgermeister von Goslar.

Minister v. Küller verneint den Vorredner, wenn er glaube, daß ihm Unrecht geschehen sei, auf den vorwitzlichkeitsähnlichen Anfangsweg und rät ihm, das Recht auf abweichen. (Schwörvers des Abg. Singer.) Ob er dann noch Minister sei, weiß er allerdings nicht. (Heiterkeit.) Man möge aber nicht so ohne Wittert den Politiker sehr ungerechtigkeitsartige Vorwürfe machen.

Abg. Stolle hält dem ländlichen Gesetzgeber seine Beschwerden gegen die ländlichen Bedingungen der Handhabung der Gesetze bei eben in Sachsen ganz in den Händen einer „Geheimen Oberforstbehörde“.

Abg. Bebel (SPD) befremdet, daß der Buchdruckerstreit seinerseits von sozialistischen Buchdruckern in freier Weise herverursacht worden sei. Im deutschen Buchdruckerstand sei keiner der Leiter Sozialdemokrat gewesen, das Betriebe der Buchdrucker, sich durch einen Streit besser Arbeitsbedingungen zu schaffen, hätte seine Partei allerdings anerkannt. Das Gleiche hätten aber auch viele Arbeitgeber aus dem Buchdruckergewerbe gehabt, indem sie die Forderungen der Buchdrucker sofort befriedigt hätten. Ein Buchdrucker sei es also nicht gewesen, er habe mit der Sozialdemokratie überhaupt gar nichts zu thun. Das der heutige Sozialdemokrat überhaupt nur ein Abstimmungsmittel sei soll, kann nur Abg. Richter behaupten. Jeder Andre weiß, daß die Schaffung eines Reichsüberzeugungskreises einer der Programmpunkte seiner Partei sei. Wenn es gelte, der Sozialdemokratie eins auszuwischen, so sei der Abg. Richter immer zu finden. (Heiterkeit.)

Abg. Richter erwidert, daß in dem Buchdruckerstreit eine freilich Sintflut der Kreiszeitungen durch die Forderungen der Sozialdemokratie höher verhindert worden sei. Das die Führer Sozialdemokrat gewesen, sei zur Genüge aus der Tatsache des „Correspondenten“, des Organs der Buchdruckergewerkschaft, in jener Zeit hervorgegangen. Das der Antrag nur zu dem Zwecke gestellt sei, ein Abstimmungsmittel zu erhalten, habe er gar nicht behauptet, nur die Art der Diskussion sei über das Wahl dessen hinweggeführt worden, was zur Erreichung des praktischen Ziels des Antrages nötig sei.

Dann folgt die Diskussion. § 1 wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt; ebenso § 2.

Abg. Singer zieht darauf den Rest des Antrages zurück.

Darauf verzogt sich das Haus.

### Gewerkschaftliches.

— Mecklenburg (Sachsen). Der Streit der Arbeiter und Arbeitnehmer (Jägernde und Schäfernde) der Firma Straub und Sohn ist beigelegt und somit beendet.

— Aus Königsberg i. Pr. wird dem „Borwitz“ von der „Abstimmungskommission“ telegraphiert: Ein Wagenfahnd Steinfort für Polizei geleistet wegen Nachregelung von 80 organisierten Gewerken. Zugang strengstens fernzuhalten.

— Ein Ausstand von Bergarbeitern ist nach der „Sölden Volkszeitung“ auf der Seite „Hand“ in Eisenhüttenstadt ausgebrochen. 279 Männer sind ausständig. Ein Bergarbeiter, der diesen Mann aufsorderte, die Arbeit niedergelegen, wurde sofort verhaftet.

— Die kirchlichen Instrumentenmacher werden darum auf auftumtum gemacht, daß in der Fabrik von Adam Stora in Tuttlingen (Württ.) ein Streit ausgebrochen und deshalb Zugang dortinfern fernzuhalten ist.

— In Budapest haben 2000 Leber arbeiter den Zusammenschluß erklärt. Sie verlangen Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse, was die Fabrikanten ablehnen.

— Aus Southampton wird gemeldet, daß etwa 2000 der in den Schuhwaren-Fabriken beschäftigten Stückarbeiter wegen der neu eingeführten Fabrikordnung wiederum die Arbeit niedergelegt haben.

— Vom Wiener Ziegelarbeiter-Streit. Kaum ist der Ausstand beendet, so beginnen die Verhandlungen einiger Werke mit Abregelungen von Arbeitern. Eine Besammlung der Betriebsräte und der Betriebsleiter der Ziegelarbeiter, die am 28. April über diese Sachen beriet, beschloß deshalb, daß wenn die Abregelungen fortduern, sofort wieder in den Ausstand zu treten sei.

### Aus Stadt und Land.

Bant, 8. Mai. Morgen Abend findet bei Wittwe Brumund die Monatssammlung der Bürgervereine Bant statt, worauf wir an dieser Stelle aufmerksam machen.

Bant, 8. Mai. Auf die morgen in der „Krone“ stattfindende Operett-Beschließung des Deimold'schen Opern-Ensembles sei nochmals aufmerksam gemacht. Gegeben wird der „Zigeunerbaron“, eine der besten Operetten und kann der Besuch Deimold's empfohlen werden. Wie wir hören, ist der Vorverkauf zu der Vorstellung bis jetzt ein guter gewesen, so daß Dilettanten, welche von den niedrigeren Preisen des Vorverkaufs Augen ziehen wollen, sich schleunigst Billets besorgen müssen.

Bank, 8. Mai. Von den Werkstarbeitern, die von Bant mit dem Zuge nach der Bauwerk fahren oder am Speiseraum einsteigen, um nach der Torpedowaffe gebracht zu werden, wird lediglich Klage geführt, daß der Zug vor der Baumerst nicht so lange hält, daß die einen ohne Gedanke aus- und die anderen ohne Gedanke einsteigen können. Die den Zug begleitende Schuhmannschaft scheint diesen Ungehorsam garnicht zu bemerken, sonst würde sie doch gewiß für Abhilfe bestrebt sein. Die Schuhleute würden den Ungehorsam gewiß auch bemerken, wenn sie das Aus- und Einsteigen nicht auf der südlichen Seite, wo Niemand aus- und einsteigt, sondern auf der Nordseite, von der Rampe aus, überwachten. Es wäre zu wünschen, daß diese Zeilen genügend, um Abhilfe zu schaffen.

Wilhelmshaven, 7. Mai. In der vergangenen Nacht wurde in der Altenstraße in der Wohnung des Herrn N. eingeschoben. Der Thäter, ein Marine-Unteroffizier, wurde jedoch auf der Stelle ergrappt und nach der Wache abgeführt.

Wilhelmshaven, 8. Mai. Eigentlich scheint es mit unserer Verbindung zwischen Schwerderhöhe und Nordenham bezüglich zu sein. Die geplante Motorwagen-Verbindung, die welche von hierher Stadt 300 M. benötigt würden, kommt nicht zu Stande und so sind die Passagiere auf einen Hubunternehmer in Tostess angewiesen, der auf Anregung des Kapitäns Labowitz den Verkehr herstellen will und dafür folgende Preise verlangt: pro Tag zwei Gespanne 12 M., pro Tag einen Einspanner 9 M. ohne Begeleiter, für die Tour nach Tostess 2 M., desgleichen nach Nordenham 9 M. ohne Begeleiter. — Wir meinen es läge nicht allein im Interesse des Publikums, sondern auch in dem des Vampiers „Schwarzen“, daß derartige Aenderungen im Verkehrsverkehr auch amlich bekannt gegeben würden, ja, wir halten dies sogar für die Pflicht des Magistrats, da doch der Fahrplan ab 1. Mai bereits veröffentlicht wurde. Ubrigens, wird das Publikum bei dieser Tour für den vollen Fahrpreis des Wagens verpflichtet, nicht für die einzelne Person, und das scheint doch hier der Fall zu sein, so wie daselbe wohl der Weg per Bahn vorziehen.

Wilhelmshaven, 8. Mai. (Von der Marine.) Laut telegraphischer Meldung an das Oberkommando der Marine ist das Rasonenboot „Wolf“ am 7. Mai in Tamui (Formosa) eingetroffen.

Oldenburg, 7. Mai. Am Sonnabend fand hier im Saale des Kinos die 37. Versammlung der freien Vereinigung zur Wahrung und Förderung der oldenburgischen Eisenbahn-Verkehrsinteressen statt. Das Hauptinteresse an den Verhandlungen wurde dem Vortrag des Präsidenten v. Mühlensfeld entgegengebracht, der von der geschäftlichen Lage der oldenburgischen Staatsseisenbahnen-Verwaltung handelte. Darnach ergab im Jahre 1894 der Personenverkehr ein Mehr von 117 000 M., der Güterverkehr ein Mehr von 300 000 M. gegenüber dem Vorjahr. Obwohl auch die Ausgaben um 447 000 M. gestiegen, so betrage der Überschuß immer noch 213 000 M. mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Daß Straßen der Verwaltung sei aber kein rein fischiatisches, sondern es sei auch darauf gerichtet, der Hebung des Verkehrs und damit der Allgemeinheit zu dienen. Nachdem der Oberbaurat Böhnen jetzt darüber ausgesprochen werde, wie früher, sei es möglich, auch schwerere und leistungsfähigere Maschinen für den Personen-, wie für den Güterverkehr angemessen und zu benutzen. Solche Maschinen sollen zum Herbst 5 Stück in Dienst gestellt werden und könnten dann Güterzüge mit der doppelten Anzahl Achsen wie bisher bedienen. Auch in anderer Beziehung solle nun Oldenburg nicht hinter anderen Staaten zurückstehen und sollen demnächst drei Harmonia-Wagen auf der oldenburgischen Bahn in den Verkehr eingestellt werden und zwar ohne daß für die Benutzung eine Plazgebühr, wie in Preußen, erhoben werden soll. Die Bielefelder Nebenbahnen stellte Herr v. Mühlensfeld als rechte Schmerzenskinder hin. In vorigen Jahren wurden nur 58 000 M. eingesammelt, was auf den Kilometer 200 M. mächt. Das ist gerade ein Siebentel des Durchschnittsbetrages eines Kilometers für sämmtliche oldenburgischen Eisenbahnen. Es soll nur der Schienenstrang zu Eilenriedammerfeld bis unmittelbar an die Kaje geführt werden, wodurch man ein besseres Betriebsergebnis zu erzielen hofft. Der Herr Präsident kam auch auf die Schmalspurbahn Ocholt-Westerklede zu sprechen, die zum ersten Mal eine Disidenz habe vertheilen können und dem Staat von seinen Aufwendungen etwas zurückgezahlt habe. Er meinte dann, was wir schon vor Jahren hier ausgesprochen, daß die Bahn eine Vollbahn und an die Bielefelder Nebenbahnen angeschlossen werden müsse.

Emden, 7. Mai. Der deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft ist vom Magistrat zu Emden gestattet worden, Geschäfte zur Lagerung von Petroleum unter der Oberfläche der Straßen gegen eine jährliche Pacht von 5 Mark eingetragen zu lassen. Die Gesellschaft hat das Petroleum durch das ihr gehörende eiserne Tankfass „Petroleo“, welches auch andere Emshäfen versorgt, anbringen.

— Ein moderner Kunstgenuss. Der „Vorwärts“ liefert in einer seiner letzten Nummern einen Beitrag für das Kapitel der geistigen und künstlichen Gestaltung unserer Bourgeoisie und besonders der hauptsächlich Bourgeoisie, der verdient, weiter verbreitet zu werden. Im Berliner Apollo-Theater wird nämlich gegenwärtig vor den Augen der zahlungsstoligen Eselchen und Besen, der Börsenjobber und sonstiger kunstbegeisterter Männer und Frauen ein „Soubretteschop“, „Der Floh“, aufgeführt. Wie das Ding aussieht, verneine man aus folgender Schilderung, die der „Vorwärts“ dem „Kleinen Journal“, einem der verlustreisten, aber weithin gelesenen Blätter Berlins, entnimmt. (In dem Stück handelt es sich um eine verheirathete Frau, die ihrem Verführer entgegen eilen will.) In dieser Schilderung heißt es nun:

„Ein moderner Kunstgenuss. Der „Vorwärts“ liefert in einer seiner letzten Nummern einen Beitrag für das Kapitel der geistigen und künstlichen Gestaltung unserer Bourgeoisie und besonders der hauptsächlich Bourgeoisie, der verdient, weiter verbreitet zu werden. Im Berliner Apollo-Theater wird nämlich gegenwärtig vor den Augen der zahlungsstoligen Eselchen und Besen, der Börsenjobber und sonstiger kunstbegeisterter Männer und Frauen ein „Soubretteschop“, „Der Floh“, aufgeführt. Wie das Ding aussieht, verneine man aus folgender Schilderung, die der „Vorwärts“ dem „Kleinen Journal“, einem der verlustreisten, aber weithin gelesenen Blätter Berlins, entnimmt. (In dem Stück handelt es sich um eine verheirathete Frau, die ihrem Verführer entgegen eilen will.) In dieser Schilderung heißt es nun:

„Überreiter, in dem sie bisher ihre Lage schlüssig durchdrückt, zuckt Madame schmerzhafte zusammen; der Stich eines Flohs, der bereits in Gedanken in unzähligen Gräusen Schwelgernende zur rauen Wirklichkeit zurückgeführt. Sie beginnt in nervöser Hast nach dem unbekannten Süßesreiz zu suchen. Während draußen vor ihrem Fenster der nach ihren Umarmungen schwachende wiederholt das verabscheute Zischen gibt, durchwühlt ihre schlanken Finger hastig die intimen Toilettenstücke und zeigen den profanen Augen Gegenden, von denen, wie schon Schiller in seinem Gedicht „die berühmte Frau“ sagt, der Gatte düllig doch allein nur sprechen sollte. Endlich, nachdem Madame sich bis an die Grenzen der Möglichkeit dekolletiert, gelingt es ihr, in dem allerkürzesten Toilettenstück mit angezuckten spitzigen Fingern den Duftgeist zu erwischen. Sie hält ihn triumphierend in die Höhe, und während sie mit angebundenem Atem vergeblich auf das verabredete Signal vor ihrem Fenster laucht, läuden die Silberlöse einer Uhr die Zeit, zu der das Stellschienbett stattfinden sollte. Sie eilt, die verabschreckterobe aufzurichten und sich schamhaft verhüllend, den Gefangen zwischen den Fingern, zum Fenster; dort geht der junge Mäler die Straße hinunter, die Zeit ist ihm zu lang geworden und er ist vielleicht zu einem anderen Rendezvous.“

— Dies Stück wird in Berlin, der Stadt, wo die Weber verboten wurden, aufgeführt. Aber warum auch nicht? Noch jede abberhende Gesellschaft, die sich gegen die Vertreter des Neuen mit den Mitteln der Gewalt zu schützen wünschte, hat, wenn auch alles mögliche und unmögliche verboten wurde, die Lingelzelsfreiheit hoch und hellig gehalten. Warum sollte die im eigenen Raus und Ruhe verfaulende Großbourgeoisie anders handeln? Die Umsturzidee gegen die aufstrebende Arbeiterschaft und gegen die Wissenschaft und Kunst, die mit ihr im Bunde steht, die Lingelzelsfreiheit für die „nach Bildung und Vernunft maßgebenden Gesellschaftsrichten“!

— Ein überraschender Fund machen in Penig Arbeiter in einer in der Feldflur an der Leipziger Straße liegenden Sandgrube. Man entdeckt eine kostbare eiserne Kriegskasse mit Inhalt, die offenbar aus den Freiheitskriegen kommt.

— Ein neuer Titel. Der Apotheker Siemssen in Neisse ist als erster deutscher Reichskolonialapotheke mit dem Range eines Sekondlieutenants nach Dar-es-Salaam berufen worden.

— Karl Voigt, Professor der Universität in Genf und deutscher achtundvierzigster Revolutionär, ist im Alter von beinahe 78 Jahren in Genf gestorben. Er war Arzt und Naturforscher und als leitender berühmt. Das Jahr 1848 traf ihn in Gießen als Privatdozent. Er nahm an der revolutionären Bewegung lebhaften Anteil und wurde in's Frankfurter Parlament gewählt, wo er auf der äußersten Linken saß. Er ging mit dem Kampfparlament nach Stuttgart und war einer der fünf Regierungsräte, als das Kampfparlament durch württembergische Kavallerie aufgelöst wurde. Er flüchtete nach der Schweiz und wurde nach mehreren Kreuz- undquerfahrt Projektor an der Universität in Genf. Wegen seiner Verbindung mit dem napoleonischen Prinzen „Blon-Blon“, der „rote Prinz“ genannt, brachte er sich in den demokratischen Kreisen um seine Reputation und wurde durch die gesetzliche Streitschrift von Karl Marx: „Herr Karl Voigt“ sein politischer Nimbus arg mitgenommen. Er ist später von dieser Bezeichnung geblieben und muß man ihm trotz aller das Beugung lassen, daß er gelebt, was er war, und als großer deutscher Republikaner gestorben ist, und sich nicht, wie so mancher seiner ehemaligen Freunde, zum nationalliberalen Geheimrat oder Minister entwickelt hat.

### Wulf & Francksen



Ausstellung fert. Betten.

#### Einschlafige Betten

##### Nr. 8

aus grün-roth gestreiftem

Körper mit 16 Pfund

Federn.

Oberbett 7,— Unterbett 7,—

2 Kissen 5,—

Mt. 19,—

Zweischläfig Mt. 23,50

#### Einschlafige Betten

##### Nr. 10

aus roth-grau gestreiftem

Atlas mit 16 Pfund

Federn.

Oberbett 10,25

Unterbett 10,25

2 Kissen 7,—

Mt. 27,50

Zweischläfig Mt. 31,—

#### Einschlafige Betten

##### Nr. 10 b

aus roth-bunt gestreiftem

Atlas mit 16 Pfund

Federn.

Oberbett 13,50

Unterbett 13,50

2 Kissen 9,—

Mt. 36,—

Zweischläfig Mt. 40,50

#### Einschlafige Betten

##### Nr. 11

aus rothem oder roth-

rosa Atlas mit 16 Pfund

Halbdauern.

Oberbett 17,50

Unterbett 17,50

2 Kissen 10,—

Mt. 45,—

Zweischläfig Mt. 50,50

Zweischläfig Mt. 61,—

#### Einschlafige Betten

##### Nr. 12

Oberbett aus rothem

Daunenkörper, Unterbett

aus rothem Atlas mit 16

Pfund Daunen u. Federn.

Oberbett 22,—

Unterbett 20,50

2 Kissen 12,—

Mt. 54,50

Zweischläfig Mt. 61,—



Landesbibliothek Oldenburg

**Feinster Zürcher und  
holländischer  
Rahm-Käse**

Pfund 80 Pf.  
Kämmekäse Pf. 25 Pf.,  
Echter Hartkäse 12 St. 45 Pf.,  
St. 4 Pf.,  
**Ia.** Limburger Käse Pf.  
50 Pf. bei  
R. Pels, Neue Wilh. Str. 60.

**la. chinesisch. Thee**  
mit Blüthen  
Pfund 2 Mark  
neu eingetroffen.  
R. Pels, R. Wilh. Str. 60.

## Anton Brust, Bant.

Mein Lager in  
Knaben - Anzügen und  
Arbeiter-Garderobe  
habe ich bedeutend vergrößert und  
die Preise derartig gestellt, daß ich  
in diesen Artikeln jeder Konkur-  
renz die Spitze bieten kann.  
Die Stoffe sind aus guten Quali-  
täten und dauerhaft gearbeitet.

Schundware führe ich nicht!  
Ich bitte meine werte Kundenschaft,  
sich von der Güte der Waaren  
überzeugen zu wollen.

## Anton Brust, Bant.

Waaren-haus  
**B. H. Bührmann.**

Damen- und Kinder-  
**Blousen**  
in Barchend, Karton, Batist  
Wollmousseline und anderen  
Wollstoffen.  
Reizende Fagons!  
Größte Auswahl am Platze!

## Pelzwaaren

werden zur Konfektionierung während des Sommers angenommen und übernehme ich die Garantie gegen Mottenfraß sowie die Versicherung gegen Feuergefahr.

**J. Bargebühr,**  
Filiale Neue Wilhelmsh. Str. 12.

**Damen- u. Kinderkleider**  
sowie kleine Knaben-Anzüge werden schnell  
und billig in und außer dem Hause an-  
gefertigt von

**Frieda Lange**  
Tonndiek, Schulstraße 7.

## Geschäfts-Verlegung.

Einem werthen Publikum von Bant und Umgegend zur gesetz. Nachricht, daß ich mein Geschäft nach

**Neue Wilhelmsh. Straße 2**  
verlegt habe. Mein Lager in Taschenuhren, Regulatoren, Ketten &c. habe  
bedeutend vergrößert und sind die Preise bei nur guter Ware die denkbar niedrigsten.

Indem ich für das mir bisher in so reichem Maße entgegengebrachte Vertrauen  
bestens danke, bitte ich höflichst, mir dasselbe auch in meinem neuen Geschäftslokale  
bewahren zu wollen. Achtungsvoll

**E. Schmidt, Uhrmacher.**

Reparaturen unter Garantie gut, rasch und billig. D. C.

## Geschäfts-Größnung.

Mit dem heutigen Tage eröffnete ich in dem Hause des Herrn  
**D. Gerdes** ein

## Kolonialwaaren-Geschäft.

Indem ich durchaus gute Waaren zu wirklich billigen Preisen  
abgabe, bitte um geneigten Zuspruch.  
Rütersiel, 6. Mai 1895. Hochachtungsvoll

**Heinr. Heeren.**

## Waarenhaus B. H. Bührmann.

### Spitzen-Kragen

### Staub-Mäntel

von 6,50 Mark an

sind in großer Auswahl vorrätig.

## 50 Pfennig-Bazar

21 Bismarckstrasse 21

dem Haupt-Eingang gegenüber.

Beste und billigste Bezugsquelle in allen nur möglichen Haushaltungs-  
Gegenständen, Luxusartikeln und Spielwaaren &c. &c.  
Vorzüglich abgelagerte Cigaretten sowie preiswerte Roth- und Weißweine.

Beste und vortheilhafteste  
Bezugsquelle für

Farben, Broncen, Lacke, Firniß,

Terpentinöl,  
Leime, Pinsel, Seifen etc.

in der

Drogerie zum Rothen Kreuz,

Werststraße 10.

**SANITAS**

TOILETTE - FETT - SEIEN  
C. HAUMANN OFFENBACH

Nur 25 Pf. das Stück  
Regulier-Salben für jedes Geschäft.

Zu haben bei

**W. Morisse**

Kontor. 73b.

Lieferanten

für regelmäßige größere Posten

### Landeier

werden um Öfferten mit billiger Preis-  
gabe ersucht unter **X. P. 1895** an  
die Expedition des Nordb. Volksblattes.

Zäglich zweimal frische Milch,

per Liter 10 Pf., bei

**A. D. Janssen**, Bant,  
Genossenschaftsstr. 7.

Zwei junge Leute können sofort

gutes Logis erhalten.

Neubremen, Grenzstr. 27.

Gutes Logis für einen jg. Mann.

Neue Wilhelmsh. Str. 8, 1 Tr.



### Styria-Fahrräder

empfiehlt

**A. Kuhlmann**, Uhrmacher.

## Theater im Bant.

**Hotel zur Krone.**

Donnerstag den 9. Mai:  
Zweites Gastspiel des gesamten  
Opern-Personals vom fürstlichen  
Hoftheater zu Detmold.

Mit vollst. neuer Ausstattung:

### Der Zigeunerbaron.

Operette in 3 Akten von J. Schnizer.

Musik von Johann Strauß.

**Musik von der 2. Matr. Division.**

Kassenöffnung 8 Uhr. Anfang 1/2 Uhr.

Preise der Plätze: Num. 1,25 Mt.

Parterre 80 Pf., Gallerie 40 Pf.

Im Vorverkauf bei Herrn Glöckstein:

Num. 1 Mt., Parterre 60, Gallerie 30 Pf.

### Klub Vorwärts, Heppens.

Donnerstag den 9. Mai

Abends 8 1/2 Uhr

### Versammlung

im Vereinslokal.

Sämtliche Mitglieder werden gebeten,  
zu erscheinen. Der Vorstand.

## Der letzte Rest!

## Der letzte Rest!

Gänzlicher Ausverkauf  
wegen Aufgabe des Ge-  
schäfts zu Auktions- und  
Tatzpreisen.

Waarenhaus  
für  
Gelegenheitskäufe  
25 Marktstr. 25.

Empfehl mich als  
**Nätherin**  
in und außer dem Hause.  
**Marie Siecken**, Koppenhörn,  
"Hamburger Ecke", oben.

Meiner werben Rundschafft zur Nach-  
richt, daß ich von Adolfstraße nach  
Neue Wilhelmshavener Str. 2  
verzogen bin. **Emilie Wilke**,  
Plätterin.

Zu vermieten  
eine Ober- oder Unterwohnung zum  
15. Mai oder 1. Juni.  
Koppenhörn, Luisenstraße 3.

Zu verkaufen  
eine gute milchgebende Ziege.  
Eduard Gerdes, Schaar.

Ia. trockenen ger. Speck  
fett Pf. 60 Pf.,  
durchwachsen Pf. 70 Pf.  
Ia. hiesigen Talg  
empfiehlt  
R. Pels, N. Wilh. Str. 60.

